ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Scharrer, Hans-Eckart

Article — Digitized Version

Das EU-Budget - ein Nebenhaushalt?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Scharrer, Hans-Eckart (1993) : Das EU-Budget - ein Nebenhaushalt?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 73, Iss. 12, pp. 612-

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/137068

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

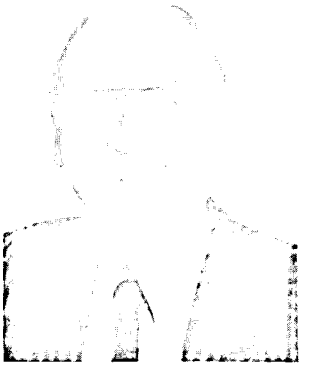
Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft



Hans-Eckart Scharrer

Das EU-Budget – ein Nebenhaushalt?

Wird der Haushalt der Europäischen Union (EU) zu einem weiteren Nebenhaushalt der Mitgliedstaaten? Bei der Konferenz des Europäischen Rates in Brüssel beschlossen die Staats- und Regierungschefs Investitionen in europäische Infrastruktur- und Kommunikationsnetze in Höhe von jährlich rund 20 Mrd. ECU (38,5 Mrd. DM), von deren Finanzierung 8 Mrd. ECU pro Jahr noch offenstehen. Die Finanzierung dieses Betrages durch „Euro-Anleihen", wie von der Kommission vorgeschlagen, hat der Europäische Rat zwar nicht genehmigt; dennoch haben eine Reihe von Mitgliedstaaten die Hoffnung noch nicht aufgegeben, daß die EU für sie das (zusätzliche) „Deficit spending" übernehmen könnte, zu dem sie sich angesichts hoher nationaler Haushaltsdefizite und einer rasch wachsenden öffentlichen Verschuldung nicht in der Lage sehen.

Das EU-Budget sieht eine Kreditfinanzierung nicht vor. Es gibt aber Präzedenzfälle gemeinschaftlicher Kreditfinanzierungen „off budget", wie das Neue Gemeinschaftsinstrument (NGI), die Gemeinschaftsanleihen zur Zahlungsbilanzfinanzierung und – außerhalb des engeren EWG-Rahmens – die Anleihebegebungen der Montanunion (EGKS). Doch auch ohne die Möglichkeit der Verschuldung hat sich das EU-Budget innerhalb von nur sechs Jahren von 35,3 Mrd. ECU 1987 auf fast 67 Mrd. ECU (128 Mrd. DM) 1993 nahezu verdoppelt, wie die Deutsche Bundesbank in einer Analyse der Finanzbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den Europäischen Gemeinschaften jüngst ins Bewußtsein gerufen hat. Das entspricht einer jährlichen Ausgaben- und Einnahmensteigerung von über 11%. Für den Rest des Jahrzehnts ist zwar eine Verlangsamung angesagt, doch wird der EU-Haushalt weiterhin mit Raten von 3% jährlich, gerechnet zu konstanten Preisen, expandieren; nominal, zu laufenden Preisen, wird der Zuwachs eher bei 7% liegen.

Dies gibt Anlaß zu zwei Fragen: Hat die EU Einsparungsmöglichkeiten konsequent genutzt, und ist die Lastenverteilung angemessen geregelt? Was die Einsparungsmöglichkeiten betrifft, so verweisen Vertreter der EU gern darauf, daß der Anteil der Agrarausgaben von ursprünglich zwei Dritteln des Haushalts bis Ende dieses Jahrzehnts auf rund 45% zurückgehen wird. Allerdings werden diese Subventionen (1993: 35 Mrd. ECU) auch für den Rest dieses Jahrzehnts real, d.h. preisbereinigt, um rund 1,5% pro Jahr steigen.

Die Chance, die Subventionen im Rahmen der Uruguay-Runde des GATT international konzertiert real zurückzuführen, wurde – vor allem auf Betreiben der Gemeinschaft – bewußt vertan. Im Durchschnitt wird jeder der etwa 3 Mill. landwirtschaftlichen Betriebe von 5 ha und mehr allein aus EU-Kassen mit jährlich rund 20000 DM subventioniert. Die Zustimmung Frankreichs zu dem Agrarteil des GATT-Pakets mußte die Gemeinschaft zudem mit der Zusage weiterer möglicher Milliardensubventionen an die französische Landwirtschaft erkaufen.

Auch bei den strukturpolitischen Ausgaben, die zwischen 1987 und 1993 mehr als verdreifacht wurden und zuletzt 22 Mrd. ECU (42 Mrd. DM) erreichten, sind erhebliche Zweifel an der Effizienz angebracht. Mindestens in einigen Empfängerländern werden dadurch offenkundig keine Wachstumsimpulse erzeugt, sondern nationale Haushaltsmittel für die Stützung überkommener Strukturen und anti-ökonomischer Verhaltensweisen freigesetzt, und das EU-Budget als Nebenhaushalt übernimmt Funktionen, die bei sparsamer Haushaltsführung aus dem nationalen Budget geleistet werden könnten. Die Gefahr besteht, daß die Begünstigten sich auch künftig die Zustimmung zu – auch für sie vorteilhaften – Gemeinschaftsinitiativen durch eine Erhöhung der Strukturfonds abkaufen lassen.

Die Bundesrepublik kann diesen Weg nicht weiter mitgehen. Ihr Beitrag zum EU-Haushalt ist nach Berechnungen der Bundesbank zwischen 1987 und 1992 brutto um jährlich 12% auf zuletzt 35,7 Mrd. DM gewachsen. Netto, d.h. nach Berücksichtigung der EU-Zahlungen an die Bundesrepublik, sind die Leistungen an Brüssel sogar um jährlich 16% auf 22 Mrd. DM gestiegen. Deutschland ist damit, ungeachtet hoher interner Belastungen, mit weitem Abstand der größte Nettozahler, während eine Reihe anderer, nicht weniger wohlhabender Länder zu den Nettoempfängern gehören. Die finanzielle Solidarität, ein tragender Pfeiler der Europäischen Union, ist aber verletzt, wenn wohlhabende Länder sich von anderen subventionieren lassen und wenn weniger wohlhabende Mitgliedstaaten die Finanztransfers nicht durch eine wirksame Wirtschaftspolitik flankieren. Eine offene EU-Finanzdebatte ist angesagt. Sie sollte auch mit dem Ziel geführt werden, die verschiedenen Kredittöpfe der EU in das Budget einzubringen und auf diese Weise mehr Finanzklarheit zu schaffen – nicht aber, neue Verschuldungsquellen zu erschließen.